

"Purer Aktionismus, der Menschen verunsichert" - Statement zum vorgeschlagenen Ölheizungsverbot (10.09.2019)

Ein von Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) und Grünen-Fraktionsvize Oliver Krischer ins Gespräch gebrachtes Verbot neuer Ölheizungen wäre kontraproduktiv. Darauf weist das IWO-Institut aus Hamburg hin.

"Jahrelang hat es die Politik nicht geschafft, eine steuerliche Förderung als attraktiven Anreiz für deutlich mehr Heizungsmodernisierungen einzuführen. Stattdessen wird nun eine unsinnige Debatte um die richtige Heizungsform losgetreten. Das ist purer Aktionismus, der Millionen Hauseigentümer verunsichert. Menschen, die befürchten, das Falsche zu tun, machen aber erst einmal gar nichts. Mit solch einem Attentismus ist dem Klimaschutz am wenigsten geholfen", erklärt IWO-Geschäftsführer Adrian Willig.

Neue Ölheizungen werden heute praktisch ausschließlich mit Brennwerttechnik verkauft, die dafür sorgt, dass Heizöl nahezu verlustfrei in Wärme umgewandelt werden kann. Im Rahmen des EU-Energieeffizienzlabels erhalten Öl-Brennwertgeräte mit "A" eine gleich gute Bewertung wie zum Beispiel Gas-Brennwertkessel. "Warum die eine Technologie nun verboten werden soll, ist nicht nachvollziehbar", betont Willig. "Viel sinnvoller wäre die Einführung einer Umweltprämie, die die Kombination mit zusätzlichen erneuerbaren Energien in Form eines Hybridsystems belohnt." Denn die sofortige Einrichtung einer 100-prozentig erneuerbaren Wärmeversorgung sei vor allem in sehr vielen älteren Häusern technisch gar nicht machbar.

"Studien zeigen zudem, dass wir die Klimaziele mit einem breitgefächerten Technologiemix sicherer und günstiger erreichen können", so Willig weiter. Wichtig seien dabei schnelle und nachhaltige Effizienzsteigerungen. "Neben moderner Öl- und Gas-Brennwerttechnik leistet hier auch die Gebäudedämmung einen großen Beitrag. Erneuerbare Energien sollten bei der Modernisierung so gut wie möglich mit eingebunden werden. Neben den ‚Klassikern‘ wie Solarthermie und Holz verfügen hier insbesondere noch Photovoltaik-Anlagen über ein erhebliches Potenzial", so Willig. Der Bedarf an Heizöl oder Erdgas lasse sich dadurch insgesamt um 80 Prozent und mehr senken. Der noch verbleibende Brennstoffbedarf könnte dann langfristig durch neue, weitgehend CO₂-neutrale Energieträger gedeckt werden, die die bislang fossilen Produkte zunehmend ersetzen.

"Anstatt mit Verboten zu drohen, sollten für Hauseigentümer langfristig verlässliche Rahmenbedingungen und, damit verbunden, dauerhafte Anreize geschaffen werden", meint Adrian Willig. Dies wäre auch zielführender als eine kurzfristige "Abwrackprämie". Deutschlandweit entsprechen fast zwölf Millionen Gas- und Ölheizungen nicht mehr dem aktuellen Stand der Technik. Dementsprechend groß ist der Modernisierungsbedarf.

Quelle: Institut für Wärme und Oeltechnik e. V. (IWO)